

Der Vollzugsdienst

4-5/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Die Unwägbarkeiten der Föderalismusreform sind bekannt

AG Justiz trifft Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley

Seite 7

Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschlossen

Politisches Abendessen des dbb Hessen in Wiesbaden

Seite 44

Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ist nicht hinnehmbar

VNSB im Gespräch mit Nds. Finanzminister Reinhold Hilbers

Seite 57

Foto: © bluedesign/AdobeStock



Quo vadis Strafvollzug?

Limburger Urteil gegen Vollzugsbedienstete schockiert

Mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Quo vadis, Strafvollzug ?
Limburger Urteil gegen
Vollzugsbedienstete schockiert
- 1 Vorhersehbar – kausal – objektiv
zuzurechnen ... ???
Zwischenruf 2 aus Hessen
von Birgit Kannegießer
- 7 Arbeitstreffen der Tarifkommission
des BSBD
- 7 Unwägbarkeiten der Föderalismus-
reform sind bekannt –
AG Justiz trifft Bundesjustizministerin
Dr. Katarina Barley
- 8 Streikleiterkonferenz
tagte in Berlin
- 8 12. Deutscher Seniorentag:
Brücken bauen – Solidarität in der
Gesellschaft
- 9 Frauen 4.0:
„Ab durch die gläserne Decke“
- 10 Demokratie stand im Mittelpunkt
des Seminars
- 11 Ansehen des öffentlichen Dienstes
ungebrochen gut

LANDESV ERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 29 Berlin
- 34 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 43 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 80 Saarland
- 81 Sachsen
- 83 Sachsen-Anhalt
- 89 Schleswig-Holstein
- 93 Thüringen
- 86 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2018:

⇒ ⇒ 11. Dezember 2018



KLARE ZIELE – STEINIGE WEGE

Sichtbare Fortschritte durch gegenseitige Unterstützung zwischen Politik, Verwaltung und BSBD

Der BSBD-Landesvorstand hat klare Ziele – für Strukturfragen und insbesondere für Personalfragen im baden-württembergischen Justizvollzug – stichhaltig definiert und wirksam verbreitet.

Das ist seit langer Zeit so, es kehrt immer wieder und wird – solange sich nichts bewegt – stetig und hartnäckig wiederholt. Auch auf die Gefahr hin, irgendwann langweilig zu werden, wird der Landesvorstand nicht davon ablassen. Wir haben auch keine andere Wahl, als mit überzeugenden Argumenten Anstöße bei Landespolitik und bei Justizverwaltung sowie in der Öffentlichkeit zu geben, in nachdrückliche Verhandlungen einzutreten und bei der Verfolgung unserer Ziele kräftig einzusteigen. Andere gewerkschaftliche Mittel stehen uns als Landesbeamte nicht zur Verfügung – und wir wollen sie auch nicht.

Nun tut sich was seit einiger Zeit: es kommt Bewegung in die Sache, dies auch Dank des unermüdlischen Einsatzes des Landesvorsitzenden auf allen offiziellen und informellen Ebenen von Politik, Verwaltung und Medien.

Dies ist alles andere als einfach, denn die Wünsche und Forderungen des BSBD-LV sind in aller Regel ohne Geld nicht zu haben – und dabei handelt es sich ebenso regelmäßig nicht um transitorische, sondern um strukturelle Kosten. Diese dürften den Landeshaushalt

auf lange Zeit begleiten, selbst wenn die Stellen kw-Vermerke tragen sollten. Und auf diesem Weg zu den Landesfinanzen liegen auch die mehr oder minder großen Steine. Diese glichen bis etwa 2014 riesigen Felsbrocken, die sich kaum bewegen ließen. Seit der Einberufung der „Expertenkommission“ und der nachfolgenden Arbeitsgruppe „Moderner Justizvollzug“ sowie aufgrund von vielen wirksamen Einzelinitiativen im Landtag und im Justizministerium sind die Steine deutlich geschrumpft und es scheint, als könnten sie zu Kieselsteinen werden – und bemerkenswert ist, dass der BSBD bei all diesen Ereignissen regelmäßig beteiligt war und ist. So fußen diese sichtbaren Fortschritte auf einer umfassenden gegenseitigen Unterstützung zwischen Politik, Verwaltung und BSBD, die geprägt ist von hoher Sachkompetenz und respektvoller Kooperation. Und diese beachtliche politisch-gewerkschaftliche Zusammenarbeit wird gestaltet von herausragenden Persönlichkeiten aus den Regierungsfractionen und auch aus der Opposition im Landtag, von der obersten Spitze des Justizministeriums sowie der dort zuständigen Justizabteilung – und auch im Finanzministerium wächst offenbar die Bereitschaft, beim Wegräumen der größten Steine mitzuhelfen. Ebenso beteiligt an diesen Problemen des Justizvollzugs sind bei Bedarf auch unser Dachverband im Lande sowie andere

Bedienstetenverbände. Allerdings liegen noch einige Brocken auf dem Weg: das ist die Aufstellung und das Ausbringen des Doppelhaushaltes 2020/2021 durch die Landesregierung, die Beratungen im mächtigen Haushaltsausschuss des Landtags mit allen Fraktionen und schließlich die Abstimmung im Landtag, wo jeder Abgeordnete sein „Königsrecht“ ausüben kann – und das auch tun wird.

Der BSBD hofft und ist auch zuversichtlich, dass die allseits bekannte und medial weit verbreitete schwierige Lage im Justizvollzug von den Abgeordneten vorbehaltlos aufgenommen und anerkannt wird, und dass die schwere Arbeit und die Belastungen der Vollzugsbediensteten aller Bereiche sowie ihre Wertschätzung entsprechend gewürdigt werden.

Diese Zuversicht des BSBD wird auch getragen von der Ansage von **Justizminister Guido Wolf** in einem Pressegespräch vom 25. August 2018 mit dem Landesbüro Südwest von **dpa**: dort hat er selbst die Argumentation des BSBD über den schon lange beklagten Umstand bestätigt, wonach es eine unerträgliche Zumutung sei, dass „Justizvollzugsbedienstete einen ganzen Stock mit 40 bis 60 Häftlingen alleine zu überwachen hätten. Jede Polizeistreife, jeder Sicherheitsdienst sei in der Regel zu zweit unterwegs.“ (s. *übernächsten Artikel in diesem Heft*) wok

JUSTIZVOLLZUG IM FOKUS

Landeshauptvorstand des BSBD Baden-Württemberg tagte in Gäufelden

Am 27. und 28. Juni 2018 war der Landeshauptvorstand des BSBD-Landesverbandes zu Gast im Tagungshotel Aramis in Gäufelden. Zwei arbeitsintensive, informative und besonders kommunikative Tage lagen vor den aus dem ganzen Land angereisten Delegierten. Im schönen Ambiente des Tagungshotels entstand hierbei eine tolle inspirierende Atmosphäre, die zum guten Gelingen der Veranstaltung beitrug.

Eine umfangreiche Tagesordnung, die durch den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** vorgestellt wurde, machte deutlich, dass sich eine Menge beim BSBD bewegt. Neben den üblichen verbandsinternen Punkten wie dem sehr positiven Kassenbericht und weiteren Beiträgen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen des BSBD konnte der



Die Mitglieder des Landeshauptvorstands im Plenum.

Fotos (4): BSBD-LV BW

Vorsitzende auch zwei externe Gäste begrüßen. Dies waren am ersten Tag der Leiter der Abteilung Justizvollzug beim Ministerium der Justiz und für Europa, Herr **Ministerialdirigent Finckh**, und am zweiten Tag der Beauftragte des **dbb-Vorsorgewerkes**, Herr **Zeiss**.

Herr **Finckh** hatte es sich nicht nehmen lassen, nachdem er bereits bei der LHSV vor drei Jahren in Gültstein teilgenommen hatte, erneut dem Landeshauptvorstand des **BSBD** zu berichten und auch auf zahlreiche Fragen einzugehen.

Herr **Zeiss** hatte in seinem Beitrag die unentgeltlichen Unterstützungsleistungen des **dbb-Vorsorgewerkes** vorgestellt und jedem Mitglied des **BSBD** in Aussicht gestellt, bei Bedarf individuelle Beratungen durchführen zu lassen. Kontaktdaten seien bei den Vorsitzenden der Ortsverbände zu erhalten.

Der Bericht des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** war dieses Mal sehr umfangreich, weil der **BSBD** als die größte Gewerkschaft in der Justiz Baden-Württembergs mittlerweile in vielen Gremien vertreten ist und so den Anliegen des Justizvollzuges und seiner Bediensteten nachhaltig Gehör verschaffen kann. Er machte deutlich, wie sehr der **BSBD** und seine Funktionäre in der Politik und in den Ministerien, aber auch in den Medien, für den Justizvollzug und seine Beschäftigten „Werbung“ machen und die mehr als berechtigten Anliegen fast schon gebetsmühlenartig vortragen. Aber wir wissen ja alle, dass nur der stete Tropfen den Stein auch höhlt.

(In dieser Ausgabe des **VOLLZUGSDIENST** werden wir auf die Berichte und Vorträge in gekürzter Fassung eingehen und die weiteren Inhalte der LHSV in der nächsten Ausgabe behandeln.)

Bericht des Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende unterteilte seinen Bericht in drei große Schwerpunkte:

- Personelle Veränderungen in den Gewerkschaften **dbb**, **BBW** und **BSBD**,
- Kostenfaktor öffentlicher Dienst?
- Ein bunter Querschnitt aus unserer derzeitigen Sacharbeit.

➤ Auf gewerkschaftlichen Ebenen hat sich einiges ereignet:

Sehr ausgedehnt und sehr positiv war das Medieninteresse am **Delegiertentag des BSBD-LV** am 20. Oktober 2017 in Freiburg. Trotz der Übergabe eines



Landesvorsitzender **Alexander Schmid** bei seinem **Arbeitsbericht**.

neuen Haftgebäudes in der JVA Stuttgart mit **Justizminister Guido Wolf** galt die Fernsehberichterstattung des **SWR** hauptsächlich dem **BSBD**.

Auch im Radio war der **BSBD-LV** mit seinem Delegiertentag über den ganzen Tag präsent. Der Vorsitzende sowie die Kollegen **Schwarz** und **Rinklin** gaben im Vorfeld des Delegiertentages dem **SWR** ein Radio-Interview mit dem Titel:

„Der BSBD spricht Klartext als Stimme der Vollzugsbeamten“

(s. hierzu die ausführliche Berichterstattung in den Ausgaben 6/2017 und 1/2018 im **VOLLZUGSDIENST**)

Aber auch in anderen Gremien ist der **BSBD-Landesverband** nun neuerdings vertreten. So war **Alexander Schmid**

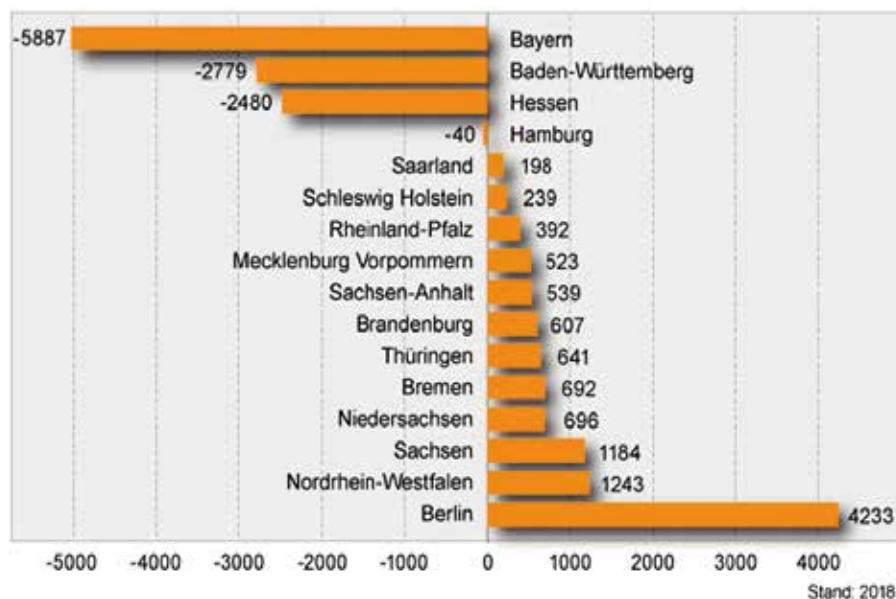
im November 2017 als Teilnehmer beim **dbb-Gewerkschaftstag** in Berlin. Es bleibt aber festzustellen: Berlin und Bund sind – räumlich und sachlich – weit weg. Nach der Föderalismusreform ist die Arbeit im Landesverband allein entscheidend und hat absolute Priorität – denn in den Bundesländern spielt die föderale Musik. So können nur mit der Landesverbandsarbeit Verbesserungen und Weiterentwicklung für den Justizvollzug Baden-Württemberg erreicht werden.

Besonders beim **BBW** bringt sich der **BSBD** zunehmend ein. Beim **Gewerkschaftstag des BBW** Ende des letzten Jahres in Ludwigsburg wurde der **BBW-Vorstand** frisch aufgestellt.

Der langjährige und verdienstvolle Vorsitzende **Volker Stich** gab seinen Führungsstab aus Altersgründen an den neu gewählten Vorsitzenden **Kai Rosenberg** weiter. Auch weitere Personalstellen wurden neu besetzt. Ungewöhnlich für eine eher kleinere Gewerkschaft wie den **BSBD-LV BW** ist, dass es sein Vorsitzender **Alexander Schmid** erreicht hat, in die Landesleitung als stellvertretender **BBW-Landesvorsitzender** durch die Wahl aufgenommen zu werden. Erstmals überhaupt ist die „Justiz“ in der **BBW-Landesleitung** verwurzelt und hat somit einen direkten Zugang zum wichtigsten Gewerkschaftsgremium im Lande.

- Im Anschluss legte Vorsitzender **Alexander Schmid** mit einem Überblick die **finanzielle Lage in Bund und Ländern** anhand von Eckdaten dar. Er wirft somit die Frage auf, ob Spielräume für Investitionen im öffentlichen Dienst vorhanden sind.

Länderfinanzausgleich Geber und Empfänger in Mio. Euro



Infografik: boerse.de/Quelle Bundesministerium der Finanzen

Baden-Württemberg als eines der wenigen Geberländer zahlt nach Bayern das Meiste in den Topf des Länderfinanzausgleichs und hilft so solidarisch den Empfängerländern auch bei deren Beamtenversorgung. Im europaweiten Ranking stehen die Personalausgaben für den gesamten öffentlichen Dienst in der BRD sogar unterhalb des Durchschnitts.

Und wie sieht die finanzielle Situation in Baden-Württemberg aus?

Nach einem Artikel aus den Stuttgarter Nachrichten vom 15. Mai 2018 „können sich Land und Kommunen freuen: Bis Ende nächsten Jahres werden sie deutlich mehr Steuern einnehmen, als sie bei der Planung ihrer Haushalte angenommen haben. Nach Berechnungen der Steuerschätzer werden voraussichtlich **1,37 Milliarden Euro** zusätzlich in die baden-württembergische Landeskasse fließen. Das hat Finanzministerin **Edith Sitzmann**...in Stuttgart bekannt gegeben.“ **Das Fazit** aus den finanziellen Rahmenbedingungen für weitreichende Verbesserungen und strukturelle Reformen – auch im Justizvollzug des Landes – kann nur heißen:

Wenn nicht jetzt, wann dann?

➤ Bei seinem bunten **Querschnitt durch die Sacharbeit** des Landesvorstands rief der Vorsitzende **Schmid** folgende Themen auf:

- Die Gefangenenspopulation ist unaufhaltsam im Wachstum begriffen und führt insbesondere im geschlossenen Vollzug zu extremen Unterbringungsproblemen.
Im Land seien 6.147 Haftplätze verfügbar, die Belegung lag jedoch 2016 bei 6.176 Gefangenen und 2017 bei 6.431 Gefangenen, also eine Auslastung in 2017 bei 104,4 %.
Zurzeit betragen die Gesamtzahlen 7.500 Gefangenen auf 7.219 Haftplätzen (April 2018). Da etwa – zum Stichtag 05.04.2018 – 1.210 Gefangene nicht gesetzeskonform untergebracht waren (Unterschreitung der Haftraum-Mindestgröße oder nicht abgetrennte/belüftete WCs), fehlen somit – bei Beachtung der 90-Prozent-Regel – ca. 700 bis 800 Haftplätze.
- Hauptgründe für die herrschende Überbelegung sind eine ausgeprägte U-Haft-Welle im Gefolge der internationalen Fluchtbewegungen (mit einem Plus von rund 450 Insassen), ein stetiger Anstieg der durchschnittlichen Haftdauer (von 41 Monaten in 2011 auf 50 Monate in 2016) und eine deutliche Zunahme um 30 % bei den Verbüßungen von Ersatzfreiheitsstrafen.

Wie könnten Lösungen aussehen?

Als schnelle, aber sehr zweifelhafte Lösung gibt es sogenannte Nachverdichtungen von Haftplätzen, wonach aufgrund des räumlich abgetrennten Sanitärbereichs in den Hafträumen diese doppelt belegt werden können (z. B. in der JVA Offenburg).

Als nicht sinnvoll wird von gewerkschaftlicher Seite etwa eine Wiederinbetriebnahme von bereits geschlossenen Anstalten angesehen. Es bleibt nur der – meist langwierige – Weg zu neuen zusätzlichen Haftplätzen:

Ort	zusätzliche Haftplätze
JVA Heilbronn	60
JVA Stuttgart-Stammheim	200 (nach Aufgabe Bau I)
JVA Mannheim Frauenabt.	16
JVA Rottweil	500 - ?
JVKH Neubau	?
Frage: Erweiterungsbauten In bestehenden Einrichtungen?	?

Vorsitzender **Alexander Schmid** spricht noch folgende verschiedene Themen an und gibt dazu erweiternde Informationen:

- **Option für freie Heilfürsorge oder Beihilfe**, auch für Vollzugsbeamte,
- **Gewalttätige und verbale Übergriffe auf Bedienstete** (Problemgefangene – Ergebnisse aus der Mitarbeiterbefragung),
- **Personalvermehrung** im DHH 2018/19 und Probleme der **Findung geeigneter Bewerber**,
- **Überarbeitung der Stellenobergrenzen-VO** – „mehr Quantität und Qualität für den Vollzug“,
- **Landesreisekostengesetz** Baden-Württemberg,
- **40-Stunden-Woche für Landesbeamte** – Petition der GdS und des dbb an den Bundestag,
- Gesetzesinitiative zu neuem Straftatbestand „**Vollzugsgefährdung**“ – das Einbringen von gefährlichen Gegenständen in den Vollzug soll nicht mehr als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat behandelt werden,
- Handlungsbedarf bei der „**Gitterzulage**“ (Höhe – Ruhegehaltsfähigkeit – Bezugsrahmen),
- Änderung des **Landesbesoldungsgesetzes** (Zulagensituation im Werkdienst und Krankenpflegedienst) sowie Erhöhung der **Anwärtersonderzuschläge**,

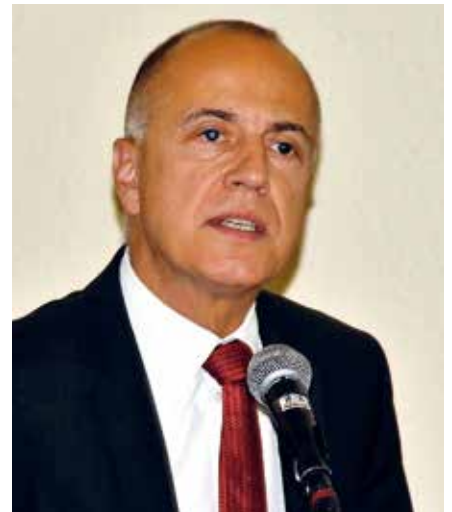
- **Übernahme von titulierten Schmerzensgeldansprüchen** – Änderung des Landesbeamtengesetzes.

Alexander Schmid bedankte sich bei den Vertretern der Ortsverbände und der Fachgruppen für die Zusammenarbeit und die Unterstützung im letzten Jahr und beendete damit seinen Bericht.

Vortrag von Herrn Ministerialdirigent Martin Finckh

Abt. Justizvollzug im Justizministerium Baden-Württemberg

Landesvorsitzender **Alexander Schmid** begrüßte Herrn Ministerialdirigenten **Finckh** und bedankte sich, dass er sich für den Landeshauptvorstand Zeit genommen habe und auch für Fragen zur Verfügung stehen werde.



Ministerialdirigent **Martin Finckh** bei seinem Vortrag vor dem Landeshauptvorstand.

Herr **Finckh** dankte im Gegenzug für die Anfrage des **BSBD** und unterstrich, dass er sehr gerne dieser Einladung gefolgt sei. Wie auch schon vor drei Jahren – kurz nachdem er sein Amt angetreten hatte – war er bei der Landeshauptvorstandssitzung 2015 in Gültstein.

➤ Er gibt zunächst einen kurzen **Rückblick**: Im Jahr 2015 beschäftigte den Justizvollzug noch der Vorfall vom August 2014 in der JVA Bruchsal sowie die Ergebnisse der Expertenkommission, die Planung der Mitarbeiterbefragung, die Baukonzeption der neuen Anstalt in Rottweil und die Empfehlungen des Landesrechnungshofes im Dezember 2014 wegen sinkender Gefangenenzahlen.

➤ Dies hat sich in den letzten drei Jahren mit einem **Anstieg der Gefangenenzahlen** von über 800 Insassen drastisch ganz anders entwickelt.

Alle Anstalten im Land sind überbelegt. Eine normale Vollbelegung ist bei 90 % der Haftplätze gegeben. Die Zahlen sind besorgniserregend nach oben gestiegen. Auch die deutliche Zunahme von psychisch auffälligen Gefangenen und der Anstieg an ausländischen Inhaftierten (knapp 50 % der Gesamtbelegung) stellen den Justizvollzug und seine Beschäftigten in Baden-Württemberg vor ganz neue und schwere Herausforderungen.

➤ In dieser Hinsicht ist die **Zusammenarbeit des Justizministeriums mit dem BSBD** umso wichtiger. Dieses Miteinander ist besser aufgestellt als noch vor drei Jahren. Die Gewerkschaft kann leichter problematische Themen in den politischen Raum einbringen, was dem Ministerium so nicht möglich ist. So wurde von Seiten des **BSBD** zum Beispiel die Mitarbeiterbefragung gefordert und schlussendlich auch umgesetzt. Nun sind erste Maßnahmen zur Entlastung von verschiedenen Dienstbereichen bereits geplant, teilweise erprobt und sollen in den Anstalten umgesetzt werden.

Herr Finckh spricht folgende weitere Punkte an:

- den jederzeitigen Einsatz von **Video Dolmetscher** und die Möglichkeit der **Telemedizin** mit einer 24-stündigen Betreuung,
- die **sprachliche Fortbildung** für die Bediensteten,
- eine bessere **landesweite Vernetzung** bei der Behandlung von Problemgefangenen,
- die sehr hilfreichen Vorschläge aus der **Arbeitsgruppe „Moderner Justizvollzug“** mit Teilnehmern aus dem Ministerium und fachkundige Kollegen/innen aus verschiedenen Bereichen – wie dem **BSBD** – zu Verbesserungen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Vollzug,
- Entlastungen durch **Baumaßnahmen** in bestehenden Anstalten, zuletzt in Heilbronn und in Stuttgart,
- der nunmehr prämierte **Architekten-Entwurf für die neue JVA Rottweil**, wobei es durch Bürgerbeteiligungen aber immer wieder zu Verzögerungen kommt, so dass man hier mit einer zeitnahen Entlastung der Haftraumproblematik noch nicht rechnen kann.

➤ Die **Personalausstattung im baden-württembergischen Justizvollzug hinkt dem Bundesdurchschnitt hinterher**. Dies ist besonders bemerkbar bei der hohen Belastung der Bediensteten im Vollzugsalltag, wodurch dem gesetzlichen Auftrag zur Reso-

zialisierung kaum noch nachzukommen sei. Daher wurde auch von der Expertenkommission – mit JuM und **BSBD** – in einem Maßnahmenpaket von elf Millionen Euro die Ausbringung von 200 Neustellen und von 400 Stellenhebungen empfohlen. Dieses Maßnahmenpaket ist zu großen Teilen umgesetzt.

Weitere Forderungen des **BSBD** in Sachen Neustellen, Beförderungssituation und Stellenhebungen für kommende Haushalte können Baden-Württemberg – als eines der Geberländer – an den Bundesdurchschnitt im Bereich Personal heranführen.

➤ Was auch im Ministerium angepeilt wird, wäre die **Ausschöpfung der Stellenobergrenzen**, was den Bediensteten dann direkt zugutekommen würde. Jedoch ist dies ein ressortübergreifendes Problem, bei dem sich der Justizvollzug nicht einfach abkoppeln kann. Ein Sonderweg ist derzeit nicht in Sicht. Was jedoch intern im Ministerium möglich war, wurde umgesetzt. So die Erhöhung der Zulage für den Krankenpfordienst und die Schaffung der Werkdienstzulage. Auch sind im Bereich der Personalgewinnung hinsichtlich des „Anwärtersonderzuschlags“ Verbesserungen geplant. Für die Bewerber soll es beim Werkdienst eine monetäre Erhöhung und beim Vollzugsdienst eine Absenkung oder Aufhebung der Altersgrenze geben.

Vortrag von Herrn Carsten Zeiss zum „dbb-vorsorgewerk“

Landesvorsitzender Alexander Schmid begrüßt Herrn Zeiss und bedankt sich, dass er sich die Zeit genommen hat, um die Serviceleistungen des dbb vorsorgewerks vorzustellen.

➤ Gerade bei **ressortübergreifenden Fragen** – wie z.B. im mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst – sind nur in oft schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit den anderen betroffenen Ministerien Lösungen möglich. Hier kann die Gewerkschaft, da ungebunden, viel freier agieren, so dass Verbesserungen eher durch kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit erreicht werden können.

Zum Abschluss dankt der Leiter der Abt. IV nochmals ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen für ihre alltägliche schwere Arbeit im Justizvollzug und den Anwesenden für ihr Engagement im BSBD. Er unterstreicht nochmals die konstruktive Zusammenarbeit von Justizministerium und dem BSBD-Landesverband. Trotz gelegentlich unterschiedlichen Auffassungen geht es allen um einen „gesunden“ Justizvollzug in Baden-Württemberg.

Vorsitzender Schmid bedankt sich für die „ausgestreckte Hand“ des Ministeriums und des Ministers zur Zusammenarbeit und für die Unterstützung unserer Gewerkschaftsarbeit.

(Aus den Reihen der Teilnehmer gab es noch eine Vielzahl an Fragen, die von Herrn Ministerialdirigent Finckh alle beantwortet und zum Teil zur weiteren Abklärung von ihm „ins JuM mitgenommen“ wurden. Dieser Frage-Antwort-Komplex ist im Protokoll zur LHVS vollständig aufgenommen.)

Herr Zeiss informiert über das Angebot des Vorsorgewerks und steht auch gerne für Ortsverbände und andere Sitzungen des **BSBD** zur Verfügung. Es gibt bereits Ortsverbände im **BSBD**, aber auch an-



Die Vorzüge des dbb vorsorgewerks präsentierte Carsten Zeiss.

dere **BBW**-Gewerkschaften, die dieses Beratungsangebot angenommen haben – mit durchgehend positiven Rückmeldungen.

Durch Einsparungen in verschiedenen Versicherungsbereichen, die nur ein Gewerkschaftsmitglied erhält bzw. teilweise auch seine Angehörigen, hat sich der Gewerkschaftsbeitrag für jedes Mitglied um ein Vielfaches gerechnet. Schon dies ist unübersehbarer Grund für eine Mitgliedschaft.

Weitere Informationen sind auch unter www.dbb-vorsorgewerk.de eingestellt.

Ein kleiner Hinweis geht auch an die **dbb vorteilswelt**, das kostenfreie Online-Mitgliedervorteilsportal des **dbb** unter www.dbb-vorteilswelt.de. Auch hier kann in vielen Konsumbereichen kräftig gespart werden. *lar/wok*

Mitteilungen des Pressereferenten zur Redaktion

Weitere Entscheidungen und Ergebnisse aus der Landeshauptvorstandssitzung (LHVS) vom 27. und 28. Juni 2018 in Gäufelden können wegen aktueller Entwicklungen (s. nachfolgende Artikel) und aus Platzgründen erst in der nächsten Ausgabe von **DER VOLLZUGSDIENST** abgedruckt werden.

Hierzu gehören zum Beispiel die Bestellung aller Fachgruppenvertreter (FGV), die Ernennung eines Datenschutzbeauftragten gem. DSGVO, die Rechtsschutzbearbeitungen durch die Dienstleistungszentren (DLZ) des **dbb**, Personalratswahlen 2019, neue **BSBD**-Homepage, **BSBD**-Werbemaßnahmen und Prämierung der Werber usw. Die Landesredaktion bittet hierfür um Verständnis.

Die bei der Landeshauptvorstandssitzung vorgetragenen ausführlichen Berichte der Fachgruppenvertreter umfassen insgesamt zwölf Seiten und würden so bei einem Abdruck im **VOLLZUGSDIENST** das zulässige Seitenkontingent für den Landesverband Baden-Württemberg bei weitem überschreiten.

Damit die mit viel Sachkunde und mit wertvollen Gedanken versehenen Beiträge der Fachgruppen nicht verloren gehen und einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden können, werden wir sie mit einem Extra-Link auf der neuen **BSBD**-Homepage einstellen. *wok*

Deutsche Presseagentur – Landesdienst Südwest

Mitteilung vom 25.08.2018:

Pressegespräch mit Justizminister GUIDO WOLF

Justizminister plant mehr Personal für Südwest-Gefängnisse

Wegen vieler Insassen – Justizvollzugspersonal soll verstärkt werden



Justizminister Wolf beim Pressegespräch. Foto: Christoph Schmidt/Archiv (Quelle: dpa)

Stuttgart (dpa/lsw) – Justizminister Guido Wolf (CDU) will die Zahl der Justizvollzugsbediensteten in den Gefängnissen im Südwesten mittelfristig um 300 auf 4.300 Stellen ausbauen. „Jede Polizeistreife, jeder Sicherheitsdienst ist in der Regel zu zweit unterwegs. Aber in den Justizvollzugsanstalten muten wir den Justizvollzugsbediensteten zu, einen ganzen Stock mit 40 bis 60 Häftlingen alleine zu überwachen“, sagte **Wolf** der Deutschen Presse-Agentur (am 25.08.2018). Es müsse auch dort das Vier-Augenprinzip gelten.

Das Problem: Die Mitarbeiter gibt es noch nicht. **Wolf**: „Man muss die Stellen erst als Ausbildungsstellen schaffen. Wir können fertig ausgebildete Justizvollzugsbedienstete ja nicht aus der freien Wirtschaft abwerben, deshalb geht es nicht so schnell.“ Die Stellen sollen im nächsten Doppelhaushalt (2020/2021) eingeplant werden.

Beim **Bund der Strafvollzugsbediensteten** in Baden-Württemberg (**BSBD**) zeigte man sich erfreut. „Wir haben lange gesagt, dass wir für einen funktionsfähigen Vollzug 500 zusätzliche Stellen brauchen“, sagte **BSBD**-Landesvorsitzender **Alexander Schmid**. „Im jetzigen Doppelhaushalt wurden von der Regierungskoalition schon 150 Stellen berücksichtigt. Wenn es funktioniert, dass man weiter Schritt für Schritt aufstockt, wäre das gut. Zumal es derzeit in der Landeskasse das notwendige Geld dafür gibt.“

Die Zahl der Gefangenen ist im Südwesten auch im Zuge der Flüchtlingskrise seit Anfang 2016 stark gestiegen. Gab es in den 17 Justizvollzugsanstalten 2015 im Schnitt 6560 Gefangene, waren es Ende Juli 2018 fast 7580 Gefangene – bei einer Kapazität von 7580 Haftplätzen.

Wolf: „Schon bei 90 Prozent Belegung redet man von Vollbelegung, weil immer beispielsweise auch Ausweichräume benötigt werden – wir sind bei 100 Prozent und manchmal sogar darüber.“

Von sehr viel höheren Belastungen für die Bediensteten spricht auch **Alexander Schmid**. Sorgen macht er sich darüber, ob der Nachwuchs für neue Stellen überhaupt gefunden werden kann. „Die Karrierechancen müssen verbessert werden, da hinken wir noch hinterdrein, etwa im Vergleich zur Polizei.“ Es gebe im Strafvollzug nur wenige Dienststellen im gehobenen und höheren Dienst. Gleichzeitig sei das Tätigkeitsfeld anspruchsvoll und auch nicht ungefährlich. ... *(Hervorhebungen durch die Redaktion)*

Der Landesvorsitzende
Landesverband
Baden-Württemberg



Liebe Freunde,
liebe Mitstreiter,
liebe Mitglieder des BSBD Baden-Württemberg,

ich gewinne den Eindruck (s. auch Text der **dpa** auf Seite 17), wir vom **BSBD** hinterlassen zunehmend Einfluss und Wirkung – und unsere unaufgeregte Gewerkschaftsarbeit, die auch mal gefühlt unangenehme Entscheidungen wie die notwendigen und zeitlich befristeten Kontrollen in Heilbronn mitträgt, macht sich bezahlt.



Landesvorsitzen-
der Alexander
Schmid beim
SWR-
AKTUELL-
Interview am
25.08.2018.

Foto aus
SWR-Aktuell

Daher will ich gerne hierzu berichten – fassen wir mal spontan und nicht abschließend zusammen:

- Der Minister macht sich unsere Zahlen nach mehr Personal (insgesamt ca. 500 Neustellen!!) zu eigen – und nennt es eine Zumutung, wenn er von der Einzelbesetzung auf den Stockwerken und in den Werkbetrieben redet. Unsere Zielsetzung „Tandem zum Erfolg“ ist doch keine Fata Morgana...
- Die Änderung des Landesbesoldungsgesetzes ist in der unmittelbaren Vorbereitung und würde die Anhebung der Werkdienstzulage, die Anhebung der Krankenpflegezulage und Erhöhungen bei den Anwärtersonderzuschlägen (70 % für Werkdienst und Krankenpflegebereich und Wegfall der Altersgrenze im Vollzugsdienst) mit sich bringen. Wir fordern übrigens weiterhin auch für den Vollzugsdienst eine moderate Anpassung auf 60 %. Das Gesetzgebungsverfahren sollte in der 2. Jahreshälfte dazu laufen, so dass schon in 2019 die neuen Anwärtersonderzuschläge zum Tragen kommen könnten.
- Die Übernahme der Schmerzensgeldansprüche durch das Land durch eine Änderung des Landesbeamtengesetzes, welches sich gerade bis 31.08. in der Anhörung der Verbände befindet, steht ebenfalls im Raum. Auch hier darf man ein Gesetzesverfahren in der 2. Jahreshälfte erwarten.
- Die Konzeption des JuM zur Professionalisierung und Überarbeitung der Einstellungs- und Werbemaßnahmen steht kurz vor der abschließenden Ausarbeitung – die Gedanken aus der Tagung „Ziele gemeinsam erreichen“ sind gereift.
- Das Bildungszentrum Justizvollzug wird in nie gekanntem Umfang umgebaut, also personell und konzeptionell deutlich besser ausgestattet – ganz sicher auch, weil wir in jedem Gespräch im politischen Raum den Finger in genau diese Wunde legen und auf Straubing in Bayern verweisen. Meine Forderung geht weiterhin in Richtung deutlicher Ausbau der Schule an einem einzigen Standort (Stammheim/Stuttgart) mit einem umfassenden Wohn- und Unter-

richtskonzept, welches auch zunehmend die Lücken beim Lehrpersonal abdecken kann und die zwar sinnvollen, aber auch belastenden Unterrichtsabordnungen an der Schule mehr und mehr verringert. Dies bedeutet auch eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte und der Beschäftigten an der Schule.

- Die **CDU-Fraktion** macht sich unsere Forderung nach einer Erhöhung der Nachdienstzulage zu eigen und plant, die geforderten 4,50 Euro statt 1,28 Euro in ihr Forderungspaket „Justizvollzug“ zu übernehmen.
- Unser Forderungskonzept zu den Stellenobergrenzen, insbesondere im mittleren Dienst, also Schaffung von Haushaltsstellen um 40 % für A 9 und 35 % für A 9 mit Amtszulage in allen mittleren Diensten erreichen zu können, findet deutlich Gehör und ich erwarte auch hierzu klare Schritte im nächsten Doppelhaushalt 2020/21. Im Übrigen sind die 40 % nach unserer Auffassung nur ein kleiner Zwischenschritt. Eigentlich müsste sofort weitergedacht werden und ein Konzept in Richtung von mindestens 50 % vorgelegt und eingebracht werden. Wir werden jedenfalls ein zukunftsweisendes Konzept vorlegen, welches als Ziel in der Stellenobergrenzenverordnung sich im Bereich von 60 - 70 % in A 9 bewegt und natürlich auch die A 9 mit Zulage entsprechend nachzeichnet. Wer gute Bewerber will, muss auch Zukunftsperspektiven aufzeigen können, meine ich. Das schönste Prospekt nützt nämlich rein gar nichts, wenn der mögliche Bewerber vom Stammpersonal überwiegend kritische Anmerkungen vernimmt. Ein Lächeln eines zufriedenen Bediensteten ist kostenlos und eine tolle Werbemaßnahme.
- Gleichzeitig gilt es analog dazu, auch die Führungsämter in allen Bereichen aufzuwerten. Hier denke ich – nur beispielhaft aufgezählt – an die Aufnahme der Anstaltsleiter in der B-Besoldung bis hin zu den notwendigen Anpassungen im gehobenen Verwaltungsdienst und an die Eingruppierung in A 12 für die VDL und WDL.

Dass wir vom **BSBD** offensichtlich in der Lage sind, solche großen Räder mit zu drehen, macht mich stolz und sagt mir auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich bin daher auch lieber Optimist als Pessimist, wenn ich an unseren Justizvollzug denke. Nie zuvor gab es eine solche Unterstützung im gesamten politischen Raum und nie zuvor waren wir so nah dran an allen wichtigen Entwicklungen. Und, nie zuvor gab es auch die Gelder – durch Haushaltsüberschüsse – für solche Projekte. Dass es einen Minister gibt, der in intensivster Weise den Vollzug stärken und zukunfts-fest aufstellen will, und eine Arbeitsgruppe Moderner Justizvollzug der Regierungsfractionen (mit bestem Dank an die federführenden Herren **Jürgen Filius MdL GRÜNE** und **Dr. Bernhard Lasotta MdL CDU**), die sich regelmäßig mit uns zum Thema Justizvollzug austauscht, ist etwas, was mich berechtigt auf bessere Zeiten hoffen lässt. Sehr wichtig ist mir auch der stete und sehr konstruktive Austausch mit der Abteilung Justizvollzug im JuM, oder glaubt jemand ernsthaft, dass echte dauerhafte Fortschritte nicht besser gemeinsam auf den Weg gebracht werden können?

Daher bleibe ich auch dabei: ich sehe mehr Licht als Schatten für uns – gerade auch aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen. Pessimismus bringt uns nicht weiter, also lassen wir bei aller berechtigten Kritik dem System die Chance, sich positiv zu entwickeln. Ich will jedenfalls gerne meinen Teil dazu beitragen.

Euer Alexander Schmid
Landesvorsitzender
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Landesverband Baden-Württemberg

Was lange währt...

In folgendem kleinen Sonderbeitrag hat der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** nochmals die langwierige und oft zähe Vorgeschichte zum Thema Sonderzuschlag für Vollzugsanwärter Revue passieren lassen.

Das ist eine ebenso lange Geschichte wie die Anpassung der „Gitterzulage“ an die Polizeizulage, der geradezu „klassische Dauerbrenner“ unseres damaligen Vorsitzenden **Ernst Steinbach**.

Dieser „Kampf“ zog sich auch über lange Jahre hin und führte dazu, dass unser engagierter Unterstützer – der **CDU-Landtagsabgeordnete und Strafvollzugsbeauftragte Karl Zimmermann** (s. Foto HP CDU) – von seinen Kollegen im Landtag nur noch „Mister Gitterzulage“ gerufen wurde. Am Ende aber stand – wie jetzt beim Anwärtersonderzuschlag – der Erfolg, und nur das zählt – und zahlt sich aus.

wok



BSBD erreicht weitere Verbesserungen für den Justizvollzug

Anwärtersonderzuschläge werden deutlich verbessert

In vielen Gesprächen der letzten Jahre hatte der **BSBD** auf die sich deutlich abzeichnenden Probleme bei der Gewinnung von Nachwuchs für den ohnehin schon personell arg strapazierten Justizvollzug hingewiesen.

In keinem der Gespräche, die unter anderem mit dem Justizminister, den Fraktionen der **Grünen, CDU, SPD** und **FDP** stattgefunden hatten, hatte es der **BSBD** versäumt, in diesem Zusammenhang auch auf die notwendige deutliche Anpassung der Anwärtersonderzuschläge und der Bezugsregelungen hierzu, hinzuweisen. Sowohl auf eine Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages für Bereiche, die eine besondere vorherige Qualifikation erfordern (Werkdienst sowie Krankenpflege- und Sozialtherapie-Bereich), als auch auf die Notwendigkeit, die Altersbeschrän-

kung für den Bezug im Bereich des Vollzugsdienstes im Justizvollzug abzuschaffen, wurde fortwährend hingearbeitet. Dass im Zuge der jetzt eingehenden Informationen auch die Einführung des Anwärtersonderzuschlages für den Bereich des Abschiebungshaftvollzugsdienstes kommen soll, freut uns natürlich als gewerkschaftliche Vertretung der Kolleginnen und Kollegen im Abschiebungshaftvollzug in Pforzheim sehr. Der **BSBD** hätte sich auch schon jetzt eine moderate Anhebung des Anwärtersonderzuschlages für den Vollzugsdienst im Justizvollzug von 55 % auf 60 % gewünscht, aber auch da werden wir mit Sicherheit weiter am Ball bleiben. Wir danken



allen Beteiligten, insbesondere aber auch Herrn **MdL Sascha Binder** (s. Foto, HP SPD) und dem Arbeitskreis Justiz der **SPD**-Fraktion, welche uns bei diesem Anliegen immer sehr intensiv unterstützt haben. Es freut uns, dass ganz offensichtlich die Worte und die fundierten Argumente des **BSBD** erneut auf breite Zustimmung gesto-

ßen sind. Ein weiterer kleiner Schritt in der Entwicklung des Justizvollzuges hin zu einem zukunftsfähigen elementaren Teil der „Sicherheitsarchitektur Baden-Württemberg“ ist getan. Es gilt weiterhin der Leitspruch, dass es nicht darauf ankommt, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein.

Alexander Schmid

Mirjam Schmidt neue Vorsitzende der BBW-Jugend

Fünf arbeitsreiche und spannende Jahre stehen bevor

Am 4. Mai 2018 fand der Landesdelegiertentag, das höchste Gremium der BBW-Jugend, im Akademiehotel in Karlsruhe statt.

Nach vier schwierigen Jahren mit vielen personellen Wechseln in der Landesjugendleitung übernimmt nun **Mirjam Schmidt** von der „Jungen Polizei“ die Führung. Auch der **BSBD** war mit vier Vertretern vor Ort. Dabei war **Philipp Weimann** die Ehre zuteil geworden, als Tagungspräsident durch die Sitzung führen zu dürfen.

Ein Grußwort an die Versammlung sprachen die stellvertretende Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg – **Michaela Gebele** – und der Landesgeschäftsführer **Peter Ludwig**.

Ein Dank muss auch der alten verbliebenen Landesjugendleitung ausgesprochen werden. **Daniel Jungwirth, Lau-**

ra Wittmar und **Jörg Sobora** haben das Beste aus der Situation gemacht und sind immer mit vollem Einsatz für die **BBW-Jugend** eingestanden. Für **Mirjam Schmidt** und ihr Team werden es

fünf arbeitsreiche und spannende Jahre werden, bei denen der **BSBD** ihnen viel Erfolg wünscht und auch jederzeit unterstützend zur Seite stehen wird.

Philipp Weimann



BSBD-Teilnehmer (v.l.): Thilo Gerdes, Toni Sommerfeld, Gina Killewald, Philipp Weimann.

Foto: FG Junge Bed. im BSBD-LV

Personalräte treffen sich zur jährlichen Schulung

Themen in der Personalratsarbeit gehen nicht aus

Für jeden Personalrat im Justizvollzug von Baden-Württemberg – vorausgesetzt er genießt das Privileg, Mitglied des BSBD zu sein – gibt es einen Fixtermin, der sich seit mehr als zwanzig Jahren herauskristallisiert und etabliert hat: die zweitägige Jahrestagung der Personalräte des BSBD im Hotel Roger in Hößlinsülz. Nicht zuletzt der tolle Tagungsort, eingebettet in die Hügel der „Schwäbischen Toskana“, ist es, der dieser Tagung einen besonderen Rahmen gibt. So war es selbstverständlich, dass sich am 14. und 15. Mai 2018 auf Einladung des Tagungsleiters Michael Schwarz wiederum zahlreiche Personalräte des BSBD auf den Weg machten. Es erwartete sie ein umfangreiches Schulungs- und Informationsprogramm.



Die in Hößlinsülz versammelten Personalrätinnen und Personalräte mit den BSBD-Landesvorsitzenden und dem Personalreferenten der Abt. Justizvollzug.

Fotos (3): BSBD-LV BW

Tag eins war vormittags nach der Abwicklung der üblichen organisatorischen Formalitäten dem Bericht des Landesvorsitzenden des BSBD – **Alexander Schmid** – gewidmet. Er nahm sich über eine Stunde Zeit für seinen umfangreichen Bericht zu den Gewerkschaftstagen der letzten sechs Monate, die beim BSBD, BBW und dbb für erhebliche personelle Veränderungen gesorgt hatten.

Danach berichtete er unter der Überschrift „Zahlen und Fakten“ von der aktuellen Situation im Justizvollzug in Bezug auf die Brennpunkte Belegungssituation, problematische Gefangenengruppen, grenzwertige Belastung der Bediensteten, um nur einige Beispiele zu nennen.

Abschließend informierte **Alexander Schmid** noch zum Sachstand zu den Problemanzeigen wie „Beihilfe und Heilfürsorge“, Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtengesetzes, Entwicklung der „Gitterzulage“, Zielsetzungen bei den Stellenobergrenzen der mittleren Dienste und Perspektiven für einen attraktiven öffentlichen Dienst, insbesonde-



Personalreferent Harald Egerer – inmitten der beiden Landesvorsitzenden Schmid und Schwarz.

re unter dem Aspekt der drängenden Nachwuchsgewinnung.

Der Nachmittag gehörte dann ganz dem Leiter des Personalreferates der Abteilung Justizvollzug – **Leitenden Ministerialrat Harald Egerer** – der sich mehrere Stunden Zeit nahm, einerseits einen ausführlichen Bericht, der

mit Zahlen bestens unterlegt war, abzugeben und andererseits sehr gründlich auf die im Vorfeld bei allen ÖPR eingesammelten „Fragen an den Personalreferenten“ einzugehen. 34 Fragen zu unterschiedlichsten Themen waren der Tischvorlage zu entnehmen und LMR **Egerer** beantwortete alle Fragen mit Geduld und Detailwissen. Das kam bei den Örtlichen Personalräten sehr gut an und war allen Anwesenden einen großen Dank wert.

Tag zwei stand zuerst im Zeichen des Besuchs des Rechtspolitischen Sprechers der **CDU-Fraktion** im baden-württembergischen Landtag, **MdL Dr. Bernhard Lasotta**, der in Begleitung des parlamentarischen Beraters – Herrn **Ambrosio** – bei der Tagung erschien. Nachdem der Abgeordnete **Dr. Lasotta** zuerst ein allgemeines Statement abgegeben und dabei besonders die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem BSBD und seinen Vertretern hervorgehoben hatte, bat er die Personalräte, ihm doch mit ihren Worten darzustellen, was ihnen auf dem Herzen liegt. Er sei gekommen, um diese „O-Töne“ zu suchen und in seine parlamentarische Arbeit mit aufzunehmen. Dazu ließen sich die Personalräte nicht zweimal bitten und so gab es mehr als zwanzig

Wortbeiträge und viele gute Diskussionen an diesem Morgen.

Dass dem BSBD der Tarifbereich wichtig ist, unterstrich Tagungsleiter **Michael Schwarz** damit, dass er die Kolleginnen **Sabine Bischof** und **Sabine Glas** gebeten hatte, einen Bericht zu aktuellen Entwicklungen im Tarif-

Generalistik in der Krankenpflege

Tagung in Wiesloch

Am 8. Juni 2018 nahmen die FG-Vertreter Hamacher und Haustein-Mühlstädt im Auftrag des BSBD-LV Baden-Württemberg an der Fachtagung „Entwicklung generalistischer Kompetenz in der Pflegepraxis“ im Bildungszentrum „Gesundheit Rhein-Neckar“ teil.

Als Referenten waren hochkompetente Fachleute eingeladen: **Sabine Muths** (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Public Health und Pflegeforschung in Bremen), **Prof. Dr. Margot Sieger** (Professorin für Pflegewissenschaft an der SRH Hochschule für Gesundheit in Gera), **Klaus Tischler** (Dipl.-Kfm. und Pflegedirektor des Universitätsklinikums Tübingen) und **Andreas Westerfellhaus** (Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium und Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung).



Foto: BZG Rhein-Neckar GmbH

Tagungsort in Wiesloch.

Einen ganzen Tag widmete sich das Expertengespräch den zu prognostizierenden Auswirkungen des kommenden Pflegereformgesetzes, das nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in der Pflege zur Folge haben wird.

Die Ausbildung der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Pfleger wird es ab 2020 nicht mehr geben. Sie wird zukünftig mit der Bezeichnung „Pflegefachkraft“ abgeschlossen.

Ein spezialisierter Abschluss als Kinderkrankenschwester oder Altenpfleger ist in dieser Ausbildung weiterhin möglich – wird aber international nicht anerkannt werden. Diese zukünftige, nicht spezialisierte, sondern breit aufgestellte Ausbildung bezeichnet man „generalistische Pflegeausbildung“. Sie ist nichts Ungewöhnliches und in jedem



Auch im sozialen Netzwerk unterwegs: Facebook-Eintrag von Dr. Lasotta (2. v. rechts) und Berater Ambrosio (links) zur PR-Tagung. Foto: facebook

bereich abzugeben. **Sabine Bischof** ist im HPR Sachbearbeiterin Tarif für den vollzuglichen Bereich und **Sabine Glas** aus der JVA Karlsruhe ist Landesfachgruppensprecherin Tarif im Landesverband Baden-Württemberg. Interessant war insbesondere zu hören, wie die „Tour“ der Tarifvertreterinnen durch viele der Justizvollzugsanstalten verlaufen war und welche Erkenntnisse dort gewonnen werden konnten. Ein erstes Gespräch im JuM hatte dann auch schon positive Ansätze erkennen lassen. Klar wurde, der Tarifbereich ist

dem BSBD wichtig und mit den beiden Kolleginnen ist der Landesverband gut und kompetent aufgestellt.

Nach diesen intensiven zwei Tagen war es Michael Schwarz und Alexander Schmid eine Freude, allen Teilnehmern eine gute Heimreise zu wünschen und dies mit der Hoffnung auf ein Wiedersehen im kommenden Jahr zu verbinden. Dann heißt es mit Sicherheit wieder: „Der BSBD lädt seine Personalräte ein nach Hößlinsülz“.

Alexander Schmid/wok



Die Repräsentantinnen des Tarifbereichs Sabine Bischof (links) und Sabine Glas (2. v. rechts).

anderen Beruf Standard. Spezialisierungen sind möglich und können im Anschluss erworben werden. Bachelor- und Masterabschlüsse werden zu festen Bestandteilen der Weiterbildungsmöglichkeiten. Ähnlich wie bei den Ärzten sind eine (Pflege-) Kammer und eigenverantwortliches Handeln angestrebt. Der politische Prozess zur Einrichtung von Kammern läuft. Die baden-württembergische Landesregierung hat sich positiv zu deren Einführung geäußert.

Während Frau **Prof. Sieger** und Frau **Muths** geänderte Anforderungen an Lehrende und Lernende der Pflegeschulen in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellten, richteten **Klaus Tischler** und **Andreas Westerfellhaus** ihren Fokus auf das politische Umfeld bei der Entstehung des Gesetzes sowie die Einflussnahme verschiedener Verbände und Organisationen während des Entstehungsprozesses auf dessen Inhalt. Es handele sich um ein „Haifischbecken“ voller Lobbyisten, denn der deutsche Markt sei für Hedgefonds interessant geworden. Mit privaten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen lasse sich gut Geld verdienen.

„Ein Abbau von Krankenhausbetten wird prognostiziert“

Für die beiden Vollzugspraktiker im Auditorium waren die Aussagen von **Tischler** sicherlich die für ihren Bereich bedeutendsten. Er prognostiziert einen Abbau von Krankenhausbetten in der Größenordnung von 30 %. „Blutige Entlassungen“ aus dem Akutkrankenhaus nach kurzer Verweildauer seien bereits heute gang und gäbe. Die Pflege werde zukünftig verstärkt als Dienstleistung in den vier Wänden des Patienten stattfinden. Der mündige und informierte Patient im Zeitalter von Digitalisierung 4.0 habe dabei andere Ansprüche an Versorgung und Pflege als noch heute. Dem könne nur mit generalisiert ausgebildetem und weiter qualifiziertem Personal begegnet werden. Pflege werde sich dabei zu einem eigenständigen und eigenverantwortlich handelnden Modul in einem veränderten System der Versorgung entwickeln. Die gene-

ralistisch ausgebildete Pflegefachkraft wird selbstständig komplexe Aufgaben lösen, die spezialisierte Pflegefachkraft komplexe Probleme mit Steuerung. Pflegende werden eigene Praxen eröffnen und bei speziellen Fragestellungen Konsile einholen.

In seiner Vision der künftigen Gesundheitsversorgung entwickelte **Tischler** ein System, in dem zu den Versorgungsstrukturen und Verantwortlichkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge wie der Kinderbetreuung die pflegerische Versorgung hinzukommen wird. Die Kommunen koordinieren dabei den Betreuungsbedarf, die Sozialarbeit und die Pflege. Bei den Kammern registrierte Fachpflegekräfte erhalten die Möglichkeit der Verordnung in stationärer und ambulanter Pflege.

„Der Pflegekräftebedarf steigt um 40 Prozent“

Fachpflege und Arzt leiten ambulante Notfallzentren als Eingangsportale (mit telemedizinischer Anbindung), Pflegefachkräfte sind dann primär prozessverantwortlich für Versorgung und Überleitung. Diagnostik und Therapie verbleiben in ärztlicher Verantwortung. Nach Prognosen von Fachkräften ist unter diesen Bedingungen mit einem Anstieg des Bedarfs an Pflegekräften von 40 % zu rechnen. **Hamacher** und **Haustein** stellten sich die Frage, was dies alles wohl für den Justizvollzug zu bedeuten hätte? In den Krankenabteilungen und im JVKH Baden-Württembergs arbeiten Kolleginnen und Kollegen mit verschiedensten Ausbildungen eng zusammen und müssen oftmals in komplexen Situationen Entscheidungen treffen, die sich nicht selten im juristischen Graubereich befinden.

Durch ihre zusätzliche Ausbildung im Justizvollzugsdienst mutieren sie in solchen Situationen zu „eierlegenden Wollmilchsäuen“ der Justiz, auf die sich alle verlassen, wie Wachhabende, Dienstleitung, Anstaltsleitung. Die Entwicklungen der letzten Jahre lassen befürchten, dass die Anzahl der Situationen, in denen sie besonders gefordert werden, weiter zunehmen. Es liegt

daher im Interesse des baden-württembergischen Vollzuges, jetzt Konzepte zu schaffen, die der geschilderten Problematik genauso gerecht werden wie der kommenden Ausbildung. So wie es jetzt Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu tun haben.

Zweifel, ob das gelingen wird, sind jedoch angebracht. Spätestens seit Schließung der justizeigenen Krankenpflegeschule wird die Entwicklung des Krankenpflegedienstes in Baden-Württemberg nicht mehr durch ein schlüssiges Konzept des Ministeriums begleitet. Das so entstandene Vakuum musste durch die Anstaltsleitungen ausgefüllt werden. Von regelmäßigen verpflichtenden Fortbildungen, wie in Krankenhäusern üblich, fehlt dabei jede Spur. Aus der eklatanten Personalnot heraus arbeiten heute im Medizinischen Dienst der Justiz in den Vollzugsanstalten neben examinierten Gesundheits- und Krankenpflegern med. Fachangestellte, Heilerziehungspfleger, Krankenpflegehelfer, Rettungssanitäter, Rettungssistenten.

Sie leisten alle einen hervorragenden Job, aber was geschieht mit ihnen bei der Weiterentwicklung der Pflegeausbildung? Wer darf oder ist befähigt, zukünftig noch Führungsaufgaben im Krankenpflegedienst zu übernehmen?

All dies hat das Potenzial, die betroffenen Bediensteten in hohem Maße zu verunsichern und die Akquise neuer Kräfte zu erschweren. In einem hart umkämpften Markt mit einem mittelfristigen Bedarf in Höhe von prognostizierten 110.000 zusätzlichen Pflegekräften reicht es nicht mehr aus, nur mit einer Verbeamtung zu winken. Für zukünftige Fachkräfte, die für Pflegeplanung und Evaluierung verantwortlich zeichnen, ist es nicht erstrebenswert, über Jahre im Beförderungstau des Vollzugsdienstes zu stecken. Auch hier ist Fantasie gefragt. In den Gremien, in denen im Moment in Baden-Württemberg über die Zukunft des Medizinischen Dienstes im Justizvollzug beraten wird, ist der Krankenpflegedienst nicht vertreten. Das lässt nichts Gutes erwarten. *ham*

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de · Nulltarif · ☎ 0800-33 10 332
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

**Kompetenz
& Augenmaß
für den
Strafvollzug**

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands

www.bsbd.de



Von links: Anstaltsleiter Dickemann, Hofleiter Freigang, Leiter der Landwirtschaft Schäfer, Landtagsabgeordneter Filius, Anstaltsbeirätin Landwehr und Leiter Weinbau Oppenländer. Fotos (3): LT-Fraktion der GRÜNEN



Auch der Kuhstall gehörte zum Besichtigungsprogramm des Abgeordneten.

Mitteilung der Landtagsfraktion GRÜNE vom 1. August 2018

Jürgen Filius besuchte die Außenstelle Hohrainhof der JVA Heilbronn

Am 8. Juni 2018 besuchte der Strafvollzugsbeauftragte der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg – Jürgen Filius – die Außenstelle der JVA Heilbronn: die Staatsdomäne Hohrainhof.

Die Außenstelle ist eine Einrichtung des offenen Vollzugs und besteht seit 1938. Hier haben die Gefangenen die Möglichkeit, in dieser landwirtschaftlichen Einrichtung zu arbeiten. Dazu stehen 33 Haftplätze zur Verfügung.

„Eine Einrichtung wie diese ist im Hinblick auf einen modernen Strafvollzug, für den ich mich auf vielfältige Weise einsetze, von großem Wert“, so der Landtagsabgeordnete.

Die Gefangenen können hier in der Viehhaltung mit 85 Rindern (davon 45 Kühe, darunter auch das Limpurger Rind) arbeiten oder sich im Weinbau betätigen, wo ca. 60.000 Flaschen Wein pro Jahr abgefüllt werden. Daneben werden noch Obstbäume gepflegt sowie Rüben, Mais und Getreide angebaut.

Dies wird von den Gefangenen, die zum Teil noch nie in diesen Bereichen gearbeitet haben, sehr gut angenommen. So ist in der Nachtzeit nur ein Bediensteter zur Überwachung erforderlich. **Jürgen Filius:** „Ich sehe hier nicht nur Vorteile für die Gefangenen im Strafvollzug, sondern auch für die Bediensteten, die hier in vorbildlicher Weise zusammenarbeiten und sich unterstützen, beispielsweise auch bei krankheitsbedingten Ausfällen von Kollegen.“

Von der Anstaltsleitung und den Bediensteten erfuhr der Strafvollzugsbeauftragte, dass diese auf jeden Fall die Möglichkeit befürworten würden, dass auch Gefangene aus anderen Anstalten als aus der JVA Heilbronn hier untergebracht werden könnten. Denn damit die Arbeit gut funktioniert, sollten mindestens 20 geeignete Gefangene zur Verfügung stehen. Dies ist auf Grund der stark schwankenden Gefangenzahlen nicht immer erreichbar. Die hier hergestellten Produkte (Wein, Sekt, Apfel- und Traubensaft, Tresterschnaps)



Infotafel vor dem Hoftor.

können im Direktverkauf oder online im Internet erworben werden.

„Die offene Einrichtung hat mir gut gefallen. Sehr beeindruckt bin ich von der Arbeit der Verantwortlichen und der Bediensteten vor Ort“ sagte **Jürgen Filius** anerkennend. „Ich kam auch nicht umhin, die eine oder andere Flasche Wein zu erwerben und werde diese natürlich genießen“.

Aktiv Mitglieder werben lohnt sich!

Jede erfolgreiche Werbung eines Neumitglieds für den BSBD-Landesverband Baden-Württemberg wird durch den Landesverband zukünftig mit einer **Prämie von 20.– Euro** honoriert. Diese Prämie wird jährlich im ersten Quartal rückwirkend für das vergangene Jahr auf das jeweils beim Landesverband hinterlegte Konto des Werbers ausbezahlt.

(Der Rechtsweg ist für diese Dauerwerbeaktion ausgeschlossen.)

„Werber“ ist, wer auf dem Antrag des Neumitglieds im Feld Werber als solcher bezeichnet wird.

Es lohnt sich also mehr denn je, wenn sie uns als überzeugtes Mitglied des BSBD weiterempfehlen.



Die baden-württembergische Top-Mannschaft aus Schwäbisch Hall.



Ein besonderer Dank gilt den Organisatoren der JVA Bremen um Kollege Oliver Nass (s. Foto), welche aus der Not heraus kurzfristig als Veranstalter eingesprungen sind.
Fotos (2): BSBD-OV SHA

Ortsverband Schwäbisch Hall:

Fußballer bei der Deutschen Vollzugsmeisterschaft

Nach dem Gewinn der Landesmeisterschaft 2017 durften die Fußballer der JVA Schwäbisch Hall in diesem Jahr erstmals an der Deutschen Meisterschaft für Justizvollzugsbedienstete teilnehmen und hatten so die große Ehre, den Justizvollzug Baden-Württemberg vertreten zu dürfen.

Die Meisterschaft fand vom Freitag 22. Juni bis Sonntag, 24. Juni 2018 in Bremen statt.

Nach der Anreise am Freitag wurde – wie es sich für Fußballer gehört – das Bremer Weserstadion besichtigt. Der Turniertag selbst begann verheißungsvoll. Die Mannschaft der JVA Hamburg

wurde deutlich mit 5:0 besiegt. Leider konnte dieser starke erste Eindruck nicht erhalten und bestätigt werden.

Am Ende sprang dann doch ein beachtlicher 6. Platz heraus. Dieser wurde bei der Abendveranstaltung gemeinsam mit den anderen Anstalten gebührend gefeiert.

Ortsverband Freiburg

VAW auf der Landesgartenschau in Lahr

Arbeit der Vollzugsbediensteten konnte vielen Besuchern positiv vermittelt werden

Im Rahmen der Ausstellung des VAW Baden-Württemberg auf der diesjährigen Landesgartenschau in Lahr, federführend organisiert von den Freiburger Kollegen Rothböck und Wiedemann, konnten die Produkte des VAW sowie der baden-württembergische Justizvollzug einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

im VAW-Besitz bleiben, da keiner die Höchsttrefferzahl erreichte.

Daneben konnte mit einer Musterzelle aus Adelsheim und Info-Schautafeln über das Leben im Gefängnis informiert

und sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Die wichtige und wertvolle Arbeit der Justizvollzugsbediensteten konnte den vielen interessierten Besuchern positiv vermittelt werden, was

Viele Kollegen aus den unterschiedlichsten Anstalten im Ländle haben sich eingebracht, sodass die gemeinsame Zeit auf der knapp 14-tägigen Ausstellung – in einer „Wahnsinns-Kameradschaft“ – einen riesigen Spaß gemacht hat. In einer rund 500 qm großen Ausstellung wurde ein Ausschnitt über die Produktionsmöglichkeiten vorgestellt, was bei den zahlreichen Besuchern große Begeisterung auslöste.

An die Fußball-WM wurde ebenfalls gedacht, mit der Möglichkeit, gegen eine Spende zugunsten der Kinderklinik Freiburg auf eine Torwand zu schießen. Als Preis für sechs Treffer war ein Smoker im Wert von ca. 1.000 Euro ausgelobt, dieser musste jedoch



Die Freiburger Gruppe (v.l.): Dieter Wiedemann, Maria Bohr, Harry Krüger, Andreas Rothböck, Mathias Vogginger, Simon Rohrer.
Fotos (3) BSBD-OV FR



Geschäftsführer Andreas Rothböck beim Kampf um den Smoker.

sich in unzähligen, sehr positiven und wertschätzenden Rückmeldungen widerspiegelte.

Ebenso wurde durch die Ausbilder der JVA Freiburg Werbung für die Nachwuchsgewinnung für alle Bereiche im Justizvollzug gemacht.

Zahlreiche Gespräche, wie z.B. mit dem Abgeordneten **Arnulf Freiherr von Eyb** (Mitglied des AK 1 – Recht und Verfassung – CDU), bei dem auch auf die aktuellen Brennpunkte im Vollzug – wie Personalmangel, Personalgewinnung, Überbelegung, deutliche Mehrbelastung aller Dienste, Sanierungsstau – eingegangen werden konnte, haben die Veranstaltung zu einem rundum gelungenen Ereignis abgerundet.



Vollzugskollege Harry Krüger mit Herrn Arnulf Freiherr von Eyb MdL.

Familientag in der JVA Ulm

Die mitgebrachten Kuchenspenden fanden reißenden Absatz

Der BSBD und der örtliche Personalrat haben am 23. Juni 2018 im Kommandantengarten der Hauptanstalt zu einem Familientag für alle Bediensteten eingeladen.

Jeder Kollege und jede Kollegin konnte mit seiner oder ihrer Familie einen kleinen Rundgang durch die Arbeitsbetriebe machen. Für das Mittagessen mit Spanferkelbraten und Schnitzel sorgte unser großartiges Küchenteam **Gerold Steiner, Thomas Ege und Rudi Rahn**. Die mitgebrachten Kuchenspenden der Bediensteten fanden nachmittags einen reißenden Absatz. Da alle Gäste sehr begeistert waren, ist eine Wiederholung sicherlich nicht ausgeschlossen.

Franz Huber



Sommerliches Familienfest des BSBD-UV im Kommandantengarten der JVA Ulm.



In fröhlicher Runde ... von links: Erster Vorsitzender des Personalrates Gerold Steiner, Schriftführer des BSBD-UV Franz Huber, Erste Vorsitzende des BSBD-UV Swantje Weber, Zweiter Vorsitzender des BSBD-UV Thomas Ege.

Fotos (2): BSBD-UV Ulm

Nachruf

Der BSBD-Ortsverband Mannheim trauert um sein Mitglied

Erika Koch

* 28.07.1941 † 30.06.2018

Plötzlich und unerwartet ist unsere Kollegin und langjähriges Mitglied im Alter von 77 Jahren von uns gegangen.

Wir werden sie in bleibender Erinnerung behalten und ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des BSBD-Ortsverbandes Mannheim

im Juli 2018

Uwe Zielinski, Ortsverbandsvorsitzender



Grillfest beim Ortsverband Bruchsal



„Guten Appetit“ beim Grillfest des BSBD-OV Bruchsal. Foto: BSBD-OV BR

Am Freitag, 13. Juli 2018, fand unser Grillfest statt. Rund 35 aktive Mitglieder und Pensionäre waren der Einladung gefolgt.

Bei herrlichem Sonnenschein stand unser BSBD-Vorsitzender **Johann Hermann** am Grill und brutzelte Steaks und Würste. Vielen Dank auch an unsere Küche für den feinen Kartoffelsalat und Nudelsalat. Als besondere Gäste durften wir den BSBD-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und vom dbb Vorsorgewerk **Carsten Zeiß** begrüßen. Es fanden sehr informative Gespräche über weitere Ziele des BSBD statt, so z.B. Reduzierung der Wochenarbeitsstunden, Erhöhung der Zulagen, Wechsel zur freien Heilfürsorge, Schmerzensgeldtitel, Stellenobergrenzen, Personalgewinnung für Werkdienst-AVD-Fachdienste-Verwaltung. Herr **Zeiß** vom **dbb Vorsorgewerk** konnte hinsichtlich der finanziellen Absicherung in allen Bereichen ebenfalls aus erster Hand fachkundige Auskunft erteilen. Die Vorstandschaft bedankt sich bei allen Mitgliedern sowie bei **Alexander Schmid** und **Carsten Zeiß** für ihr Kommen. (sl)

Erstes Sommer-Hähnchenfest

Unvergesslicher Vollzugsabend bis spät in die Nacht fröhlich gefeiert

Das erste Sommer-Hähnchenfest des Ortsverbands in Freiburg war eine rundum gelungene Veranstaltung.

Am Freitag, dem 15. Juni 2018, wurde auf dem Vollzugsgelände der Außenstelle Stöckenhof, ein landwirtschaftlicher Betrieb der JVA Freiburg, bei tropischen Temperaturen das Sommerfest gefeiert. Organisiert wurde das Fest durch die beiden „legendären“ OV-Vorsitzenden **Daniel Meurer** (1. Vorsitzender) und **Matthias Vogginger** (2. Vorsitzender). Unterstützung fanden sie mit den rühri gen Kollegen **Thomas Heller** und **Alexander Reinhardt** (Küche) sowie **Harry Krüger**. Der landwirtschaftliche Betrieb wurde durch die Kollegen der Außenstelle hervorragend präpariert und geschmückt. Es fehlte an nichts, so dass man sich einfach wohlfüllen musste – es war wie im Paradies. Herzlichen Dank dafür an **Marlies Wagner**, die bis in die späten Abendstunden für einen reibungslosen Ablauf sorgte.

Viele prominente BSBD-Gesichter – besonders von Pensionären – sah man unter den Gästen: Sir **Erich Haag** (Landes- und Bundeskassierer a.D.),

Sir **Heinz Wintergerst** (Ortsverbandsvorsitzender a.D.), Sir **Frank Maertins** (Landeskassierer), Sir **Werner Bürklin** (OV Schriftführer a.D.) die Herren **Peter** und **Kurt Scherzinger** sowie **Klaus Dea** (langjährige Mitglieder des OV).

Hähnchen satt, hieß die Devise. Zu den goldgelb gebratenen Hähnchen gab es an der Theke das köstlichste und leckerste Salatbuffet, das die Ausbildungsküche mit den Kollegen **Heller** und **Reinhard** zubereitet hatte.

Am Freitagnachmittag nach Feierabend war der Ansturm groß. Es kamen viele BSBD-Mitglieder aus allen Diensten, die sich, nach schwer getaner Arbeit in der Justizvollzugsanstalt, ein frisches gebratenes Hähnchen schmecken ließen. Auch ein gekühlter Gerstensaft sowie köstlich mundender BSBD-Wein vom Kaiserstuhl durften diesen wunderschönen Abend begleiten.

Bei anregenden und auch tiefsinnigen Gesprächen sowie munteren Anekdoten aus der „BSBD-Urzeit“ wurde ein unvergesslicher Vollzugsabend mit sehr netten Menschen, die bis spät in die Nacht fröhlich feierten. So verdient dieses Fest das Prädikat „Wiederholung“!



Der OV Freiburg bei seinem Sommerfest auf dem Stöckenhof.

Nachruf

Der BSBD-Ortsverband Mannheim trauert um sein Mitglied

Johann Flicker

* 02.01.1931 † 03.07.2018

Plötzlich und unerwartet ist unser Kollege und langjähriges Mitglied im Alter von 87 Jahren von uns gegangen.

Wir werden ihn in bleibender Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des BSBD-OV Mannheim

im Juli 2018

Uwe Zielinski, Ortsverbandsvorsitzender